

Diskriminierung jetzt beenden!

In **Sonntagsreden** sind alle gegen Diskriminierung. Aber echte Verbesserungen für „Behinderte“ gibt es kaum. Durch die kapitalistische Krise und die Sparpolitik wird manches noch schlimmer. Ein gemeinsamer Kampf ist nötig, denn es geht uns alle an. Die Gewerkschaften müssten endlich für und mit behinderten KollegInnen aktiv werden.

Seite 2

Türkei: Aufstand gegen Diktatur

Beim Referendum in der Türkei haben nur knapp 51% für Erdogans diktatorische Pläne gestimmt. Ausnahmezustand und Wahlbetrug waren für das „Ja“ nötig. Rasch stellt sich das Ergebnis als Pyrrhussieg für Erdogan heraus, weil es unter der Oberfläche gärt. Die Proteste sind erst am Anfang. Ein Bericht aus der Türkei von Ismail Okay.

Seite 12

Schwerpunkt

Immer mehr Menschen suchen nach einer Alternative zum Kapitalismus. Aber kann Sozialismus überhaupt funktionieren oder „Ist der Mensch zu schlecht für den Sozialismus“?

Seiten 7-10



VORWÄRTS

SLP
Sozialistische LinksPartei

Normalpreis € 1,-
Solipreis € 2,-

Die Sozialistische Zeitung seit 1983

Nr. 258 | 05.17

Armut, Korruption und rechte Hetze: **Es reicht!**

Vorgezogene Neuwahlen im Herbst 2016, doch im Frühjahr, doch noch vor Jahresende 2017. Das ständige Gerede über Neuwahlen nervt. Die Regierung nervt mit ihrem Gestreite, wo doch offensichtlich ist, dass die Unterschiede übersehbar sind. Die FPÖ nervt mit Rassismus und dem Versuch, sich der Wirtschaft anzubiedern. Die Grünen nerven, weil sie auch nicht anders und nicht mal mehr grün sind. Doch Neuwahlen nerven auch. Weil ein Jahr Bundespräsidentenwahlkampf ermüdet hat. Und weil die die Aus-

Die Schere könnte kaum grösser sein. Einerseits nehmen die Probleme zu. Kaum ein Job ist noch sicher. Die Armut wächst und betrifft längst nicht mehr nur „Randgruppen“. 2-Klassen-Medizin und übervolle Schulklassen sind nur zwei Beispiele, die zeigen: die Lage spitzt sich zu. Andererseits PolitikerInnen und Parteien, die offensichtlich unfähig bzw. unwillig sind, die Probleme zu lösen. Oder besser: deren „Lösungen“ die Lage für all jene verschlechtern, die nicht über ein fettes Konto und umfassenden Immobilienbesitz verfügen.



Einer wie die anderen: Schon nach wenigen Monaten ist bei Kern der Lack ab!

wahl nicht gerade berauschend ist. Mit Begeisterung könnte man keine der Parteien wählen. Auch als kleineres Übel taugen sie schon lange nicht mehr. Also weiterwurschteln wie bisher?

Brauchen wir also einen „starken Mann“, der mal ordentlich auf den Tisch haut? Einen Vladimir Strache oder einen Donald Hofer? Die Rechtspopulisten schwächen demokratische

Strukturen, bauen die Rechte von Beschäftigten ab und dafür einen nationalistischen Neoliberalismus aus. Das ist also auch keine Lösung.

Wenn wir uns auf die etablierte Politik verlassen, dann haben wir verloren. Weil sie alle auf der Seite der Reichen und Mächtigen stehen. Wir aber, die „normalen“ Leute, wir brauchen unsere eigene Organi-

sation. Gewerkschaften, die nicht nur faule Kompromisse ausverhandeln, sondern echte Verbesserungen erkämpfen. Eine ArbeiterInnenpartei, die eine Bewegung anführt, um das Geld, das die Reichen horten, für Bildung, Soziales und Jobs für alle zu nutzen. Von allein wird das nicht kommen, es liegt an uns, das aufzubauen!

Sonja Grusch

Die SLP fordert:

- Schluss mit Politik für die Reichen!
- Schluss mit rassistischer Hetze und Politik durch Regierung und FPÖ!
- Für kämpferische und demokratische Gewerkschaften!
- Für eine neue Partei von ArbeiterInnen und Jugendlichen!



von Sonja Grusch Der Red Bull-Eigentümer Dietrich Mateschitz breitete seine Ideen über Flüchtlinge und Wirtschaft in einem langen Interview in der „Kleinen Zeitung“ aus. Der Herausgeber von „Österreich“, Wolfgang Fellner, wettete in einem Kommentar gegen Arbeitsinspektorat und ÖGB. Beide stehen stellvertretend für eine Schicht von KapitalistInnen, die sich die lästigen Beschränkungen der Politik gerade jetzt, in Krisenzeiten, gerne vom Hals schaffen möchten.

In den 1920er Jahren wetterten Rechte und KapitalistInnen gegen das Parlament als „Quatschbude“ wo nur geredet würde, während die Unternehmen die richtige „Arbeit“ machen würden. Die aktuellen Angriffe auf „die Politik“ gehen in dieselbe Richtung. So wird das Bild vom einsamen Wolf Unternehmer, der Jobs und Reichtum quasi aus dem Nichts schafft, gezeichnet.

Aufstampfen mit millionenschwerem Fuß

Am bürgerlichen Parlamentarismus ist tatsächlich viel zu kritisieren. Doch diesen UnternehmerInnen geht es um Demokratieabbau. Sie haben nichts gegen „den Staat“, solange er den Rahmen schafft, in dem sie Profite machen können. Die mit Werbung vollgestopfte „Zeitung“ Österreich soll heuer rund 400.000 Euro an staatlicher Presseförderung erhalten. Die Firmen von Mateschitz erhalten staatliche Subventionen in Millionenhöhe. Demokratie endet im Kapitalismus spätestens am Betriebseingang. Und auch die restlichen demokratischen Rechte sind überschaubar.

Die Antwort ist aber nicht die Abschaffung dieser Rechte, wie es die Betriebsratsfeinde Mateschitz & Co, gerne hätten. Es geht darum, für echte Demokratie zu kämpfen. Weil die Lösung nicht ist, sich mittels einer überbewerteten Zucker-Koffein-Mischung leistungsfähig zu halten, um dem immer stärkeren Druck stand zu halten. Sondern weil die Lösung ist, die Betriebe und Unternehmen durch die Beschäftigten zu übernehmen, um den Druck zu reduzieren und die von uns allen geschaffenen Vermögen auch für uns alle zu nutzen.

Impressum:

Eigentümer, Herausgeber Verleger & Redaktion: Sozialistische Linkspartei (SLP), Pappenheimgasse 2/1, 1200 Wien. | Druck: digiDruck.at, 1100 Wien, Herstellungs- und Verlagsort: Wien. | DVR: 0820202 | Zulassungs-Nr.: 327808W97U Abo-Zahlungen & Spenden: IBAN: AT 256000000000 8812733 | BIC: OPSKATWW



Diskriminierung jetzt beenden!

Alle sozialpolitischen Leistungen und rechtlichen Verbesserungen, die es gibt, mussten hart erkämpft werden. Men-

Gesellschaft sind zweitrangig. Die Diskriminierung ist vielseitig: Ein Beispiel ist das "Top Jugendticket" für Wien, Niederö-

sprache nehmen, weil ihre Arbeit nicht als Arbeit gilt. Oft bekommen sie für 40 Stunden Arbeit nur ein „Taschengeld“ von maximal 100.- – aber haben keinen Anspruch auf das Top Jugendticket, sondern zahlen voll für die Öffis.

Es geht wie immer ums Geld: Ca. 4,7 Millionen "kosten" die Subvention des Tickets aus dem "Familienlastenausgleichsfonds - FLAF" für hunderttausende SchülerInnen, Lehrlinge usw. Kern & Co. versprechen den KapitalistInnen permanent, dass sie weniger in den FLAF einzahlen müssen. Gespart wird als erstes bei denen, die sich am schlechtesten wehren können. Doch letztlich geht es um uns alle!

Michael Gehmacher

„Behinderung“: Ein gemeinsamer Kampf für die volle rechtliche Gleichstellung ist nötig.

schen mit einer "Behinderung" bzw. „besonderen Bedürfnissen“ sind in vielen Bereichen stark benachteiligt. Denn im Kapitalismus zählt die Leistung und die Verwertbarkeit. Das trifft auch Menschen ohne Behinderung, wenn sie einmal nicht so "leistungsfähig" sind. Menschliche Bedürfnisse und der soziale Beitrag zum Funktionieren einer

terreich und Burgenland. Menschen in Ausbildung können für einen Aufpreis von 60 Euro alle Öffis in den drei Bundesländern benutzen. Vielen behinderten Menschen wird dieses Recht verwehrt, auch wenn sie jung genug sind und ein extrem niedriges Einkommen haben. Menschen in "geschützten Werkstätten" u.ä. können diese Regelung nicht in An-

Mindestlohn für Menschen in geschützten Werkstätten!

Rund 40.000 Menschen arbeiten als "Behinderte" in geschützten Werkstätten. Diese Einrichtungen werden von diversen Sozialorganisationen geführt. Dort wird u.a. für Kantinen gekocht, Industriearbeiten verrichtet, teuer verkaufte Bilder gemalt... Offiziell gilt diese durchaus profitable Arbeit weder als Ausbildung noch als Arbeit. Daher erhalten die Arbeitskräfte nur ein Taschengeld. Ein Recht auf Pension und Arbeits-

losengeld gibt es nicht und das Recht auf Urlaub ist stark eingeschränkt. Die Folge: viele KollegInnen müssen bis kurz vorm Tod arbeiten. "Sie zahlen in keine Versicherung ein" lautet die Ausrede der Politik. Wir meinen: Es ist höchste Zeit, dass der ÖGB die betroffenen KollegInnen, die sich immer wieder wehren, im Kampf für volle rechtliche Gleichstellung mit anderen ArbeitnehmerInnen unterstützt.



Gelockerter Kündigungsschutz vergrößert das Problem

Über 100.000 "begünstigte behinderte" Beschäftigte gibt es, und es werden mehr. Oft geht es um Menschen, die durch Krankheit oder Unfall zu "Behinderten" wurden. Arbeiten bringt im Kapitalismus und vermehrt mit steigendem Druck eine Reihe von Gebrechen mit sich (z.B. psychische Beeinträchtigungen oder Zerstörung des Bewegungsapparates). Der Kündigungsschutz wird Unternehmen mit vielen finanziellen Förderungen

versüßt. Trotzdem steigt die Zahl der arbeitslosen "begünstigt Behinderten". Als "Gegenmaßnahme" wurde 2011 der Kündigungsschutz gelockert, er gilt für neue Dienstverhältnisse erst nach vier Jahren. Ergebnis: Obwohl es mehr "begünstigte Behinderte" gibt, haben weniger einen Job. Obwohl die Maßnahme offensichtlich nicht funktioniert, wird sie jetzt für ältere Beschäftigte mit demselben Argument wiederholt.



Drängeln am rechten Rand

Kern und Doko wettern gegen die Aufnahme von 50 minderjährigen Flüchtlingen aus Italien. Kurz wirft NGOs vor,

liche Stimmung weiter nach rechts verschiebt. Probleme wie Arbeitslosigkeit, Armut, Wohnungsnot werden gleich-

rung ist unklar. Klar ist nur, dass bei Nicht-Teilnahme Sozialleistungen entzogen werden. Das gilt auch für o-Euro-Jobs: Ein

schaften aus. Der Glaube, die neu eingeführte Arbeitspflicht würde auf gemeinnützige Tätigkeit und AsylwerberInnen beschränkt bleiben wird sich bald als Illusion herausstellen. Jobs könnten so vernichtet werden und die Qualität der Betreuung durch Laien ist fraglich. Die Zwangsarbeit für österreichische MindestsicherungsbezieherInnen wird nicht lang auf sich warten lassen! Es ist Aufgabe der Gewerkschaften, die Spaltung in „Österreicher“, MigrantInnen und Flüchtlinge zu bekämpfen. Ein gemeinsamer Kampf gegen Lohndumping, für Mindestlohn und Arbeitszeitverkürzung ist der beste Weg zur Integration..

Flo Klabacher

In ihrem Versuch, die FPÖ zu schwächen, machen SPÖ und ÖVP immer rassistischere Politik.

mit Schleppern im Bunde zu sein, weil sie Flüchtlinge nicht im Mittelmeer ertrinken lassen. Sobotka will mit einer neuen Verschärfung des Asylrechts tausende Flüchtlinge aus der Grundversorgung und in die Obdachlosigkeit zwingen. SPÖ und ÖVP kopieren immer stärker FPÖ-Politik und -Rhetorik, um ihre WählerInnen zu gewinnen. Ohne Erfolg, aber mit dem Effekt, dass sich die gesellschaft-

zeitig von der Regierung durch neue Angriffe auf Arbeitszeit, Bildung, Gesundheit und Sozialleistungen verschärft.

Das „Integrationspaket“ ist Teil dieser Angriffe. Es folgt der „Teile und Herrsche“-Logik des Kapitalismus. Mit dem Burka-Verbot wird die Stimmung gegen Muslime aufgeheizt. Das Angebot von Deutschkursen soll verbessert werden, doch die Finanzie-

Jahr lang sollen Flüchtlinge bzw. Asylberechtigte ohne Lohn arbeiten müssen. Unternehmen, die diese Einladung zum Lohndumping annehmen, bekommen pro beschäftigtem Flüchtling €120/Monat vom Staat geschenkt.

Dass die ÖGB-Führung diese Maßnahmen begrüßt, grenzt an Wahnsinn – und sagt viel über den Zustand der Gewerk-

Der rechte Rand

Die „Reichsbürger“ sind keine homogene „Bewegung“, doch sie vereint ein Konstrukt aus rechtsextremer, rassistischer, antisemitischer und esoterischer Grundeinstellung mit Hang zu Verschwörungstheorien. Sie erkennen den Staat nicht an und stellen gegen ordentlich Entgelt auch „Reichspässe“ und „Reichsführerscheine“ aus. Viele sind keine „harmlosen Spinner“, sondern auch Neonazis und in Teilen gewaltbereit. Im Oktober 2016 kam es in Nürnberg beim Versuch, 31 Reichsbürgerwaffen zu beschlagnahmen, zu einem Schusswechsel, wo ein „Reichsbürger“ einen Polizisten tötete.

V.a. in der Steiermark tritt die österreichische Variante unter den Namen „Souveräner“, „Freemen“ oder eben auch „Reichsbürger“ auf. Rund 1.000 Menschen gehören zu diesem Spektrum der Staatsverweigerung, weit mehr sind für die Staatskritik von rechts ansprechbar. Einer der bekanntesten „Freemen“ ist Johannes Kreißl, selbsternanntes „Staatsoberhaupt“ von „Erlösterreich“, eine Mikro„nation“ im Schloss Walchen in Oberösterreich. Kreißl führt den „Staat“ zusammen mit einem Dutzend Getreuer und der Schlossbesitzerin, Friedrun Hanreich, Tochter eines früheren FPÖ-Abgeordneten. Tassilo aus Lustenau, ein weiterer „Freeman“, meint, dass der wahre Ablauf der Geschehnisse im 2. Weltkrieg verheimlicht werde. Ähnlich bei Kreißl, der auf der Facebook-Seite „Freeman Austria“ in altbekannter rechtsextremer Manier schreibt: „... das von den so genannten ‘Gaskammern’ [...] Fakt ist: Wir wissen es nicht!“

Alois Hofer

Zuerst gegen AsylwerberInnen, dann gegen alle

Sozialleistungen werden an (oft schwammige) Auflagen gebunden. Wie beim „Integrationsbonus“ für asylberechtigte BezieherInnen der Mindestsicherung in Oberösterreich. Die Auszahlung ist völlig willkürlich. Ansprüche werden so zu Almosen. Bei Nicht-Teilnahme an Wertekursen kann die Mindestsicherung gestrichen werden. Was kommt als nächstes – Kürzung, wenn man die Bundeshymne nicht auswendig kann?

Verpflichtende Null-Euro-Jobs: Es geht nicht um eine Qualifikationserweiterung, sondern um billige Arbeitskräfte. Statt Lohn vom Unternehmen gibt's Mindestsicherung/Grundversorgung vom Staat. Ab jetzt betrifft das Asylberechtigte, die „gemeinnützige Arbeit“ machen müssen. Eine Ausweitung der Regelung auf alle MindestsicherungsbezieherInnen und größere Teile der Wirtschaft wird u.a. von der ÖVP gefordert.

Kürzungen der Mindestsicherung: Zuerst wurde in Oberösterreich für Asylberechtigte auf €365/Monat gekürzt. Kurz darauf folgte eine Deckelung für Familien – egal welcher Herkunft. Andere Bundesländer sind nachgezogen bzw. diskutieren ähnliches. SPÖ-Häupl kann sich Gutscheine und Sachleistungen statt Bargeldauszahlung für Asylberechtigte vorstellen. Auch diese Entmündigung würde schnell ausgeweitet werden.

Auch das Kindergeld für Kinder im Ausland soll – nach unten – an dortige Lebenshaltungskosten angepasst werden. So sollen Sozialleistungen stärker an verschiedene Bedingungen gekoppelt und eingeschränkt werden. Weitergedacht könnte das Kindergeld durch die Bezahlung ausgewählter Leistungen ersetzt werden, für deren Bewilligung man erst bürokratische Hürden überwinden muss.

„Food Workers“ an der York University (Kanada) konnten einen Stundenlohn von 15 Dollar, Gesundheitsversorgung sowie faire Arbeitsbedingungen erkämpfen. Dies ist Ergebnis eines fast dreiwöchigen Streiks, sowie monatelanger Kampagnenarbeit. Die 160 Catering-Beschäftigten bei Aramark waren monatelang für Solidarität unter den Studierenden aktiv. Sie demonstrierten, veranstalteten Massentreffen und organisierten sich. So konnten sie mit 100% Zustimmung zum Streik den Kampf mit dem multinationalen Konzern aufnehmen. Am 2. Februar gab es einen ersten eintägigen Streik, der alle Filialen

**Frisch gekämpft
ist halb gewonnen!**

am Campus lahmlegte. Ab 16. Februar gingen die Angestellten in einen Streik auf unbestimmte Zeit. Hier zeigte sich, wie wichtig die vorbereitende Kampagne war. Denn Studierende und andere Angestellte des Campus organisierten die Proteste mit. Und dank dieses breiten Drucks auf Konzern- und Unileitung konnten die Beschäftigten am 6. März ihre Forderungen durchsetzen.

Dieser Sieg ist einer von vielen für den 15-Dollar Mindestlohn. In den USA konnte die Bewegung „15Now“ Verbesserungen bei Lohn und Arbeitsbedingungen erkämpfen. Teile der Forderungen richteten sich gegen rassistische und sexistische Diskriminierung und machten es so dem Management unmöglich, hinein zu spalten. Es hat sich gezeigt, dass eine Kampagne von Angestellten gemeinsam mit Betroffenen (in diesem Fall Studierenden) genügend Druck aufbauen kann, um Kämpfe erfolgreich zu machen.

Moritz Bauer



Gesundheitsausgliederung gestoppt?

Im KAV befinden sich elf Spitäler, vier Geriatriezentren und acht Pflegewohnheime. Sie sind

Denn die rot-grüne Landesregierung möchte ihr „Spitalskonzept 2030“, mit dem „Effizienz“ ge-

Schon jetzt sind viele Bereiche städtischer Infrastruktur ausgegliedert (z.B. Fonds Soziales Wien, Wien Holding, Wiener Stadtwerke AG). Ausgliederung ist eine Vorstufe zur Privatisierung – also zum Verkauf öffentlichen Eigentums an profitorientierte Unternehmen. Eine Folge sind Lohneinbußen für neu eingestellte KollegInnen. Für diese wird ein neuer, schlechterer Kollektivvertrag als der bislang gültige geschaffen.

Das war der Gewerkschaft Yunion zu viel, die die geplante Ausgliederung kritisierte. Doch in den Jahren zuvor hatte sie gerade jenen Verschlechterungen zugestimmt, die einer Ausgliederung den Weg bereiten. Dazu

gehört auch, dass immer größere Bereiche im KAV fremdvergeben, also an Privatfirmen ausgelagert werden, darunter Küchen und Wäschereien. Manche Spitäler, wie das Sophienspital, wurden bereits geschlossen. Beraten wird das KAV-Management dabei von externen Beraterfirmen, die ihrerseits dafür aus Steuern bezahlt werden.

Die Privatisierung des KAV durch die Hintertür findet bereits statt. Der Rest könnte nach den nächsten Wahlen in Wien auch durch die SPÖ verschleiert werden. Gegen diese und alle anderen Sparmaßnahmen in Wien muss deshalb breiter Widerstand aufgebaut werden.

Christian Bunke

Die Auslagerung des Wiener Krankenanstaltenverbund (KAV) passiert durch die Hintertür.

im Besitz der Stadt Wien. Über Monate plante die Stadt eine Auslagerung des KAV. Im März wurde zurückgerudert. Die Auslagerung sei vom Tisch, so die Gesundheitsstadträtin. KAV-Generaldirektor Janßen musste den Hut nehmen.

Damit scheint man dem großen Unmut in der Belegschaft Rechnung zu tragen. Grund zum Zurücklehnen gibt es nicht.

steigert werden soll, weiter umsetzen.

In Wirklichkeit geht es um die Fortsetzung des seit Jahren betriebenen Sparkurses. Bis 2020 sollen 10% des Wiener Stadtbudgets gestrichen werden. Der KAV mit seinen 30.000 Beschäftigten soll eine große Last dieser Einsparungen tragen – u.a. durch Ausgliederung(en).



Schutz am Arbeitsplatz darf nicht eingeschränkt werden!

Die Arbeitgeber haben ein neues Feindbild entdeckt: Das Arbeitsinspektorat. Warum ist Arbeitsschutz und dessen Kontrolle auf Einhaltung aber wichtig? Immer noch gibt es viel zu viele Arbeitsunfälle: 2015 (letzte veröffentlichte Zahlen) waren es 104.312, davon 149 tödlich. In vielen Sektoren kann Arbeit lebensgefährlich werden, Beispiel Bahn: Arbeitet man am Gleis, kann die Sogkraft eines Zuges jemanden aus meterweiter

Entfernung in die Waggonen reißen. Bei Verscharbeiten können Menschen zwischen die Puffer von Verscharwaggons kommen. Ob bei unmittelbar lebensgefährlichen Situationen oder dauerhafter gesundheitlicher Belastung – Arbeitsschutz ist nicht nur zu verteidigen, er muss ausgebaut werden! Es reichen dabei aber nicht nur Regelungen am Papier, die dann im Falle des Falles die Verantwortung den „bereits

informierten“ ArbeitnehmerInnen sogar noch umhängen. Was es zusätzlich braucht ist, statt steigendem Arbeitsdruck und 12-Stunden-Tag, eine dringende Entlastung durch Arbeitszeitverkürzung. Durch kürzere Arbeitstage und mehrere Arbeitsplätze wäre jeder Fehler steigen laut Studien massiv ab der 8. Arbeitsstunde an – und diese Fehler können tödlich sein.

Stefan Gredler

Schwarz-Blau in Graz stoppen!

Graz ist jetzt mit einer schwarz-blauen Regierung konfrontiert. Das bedeutet für die Stadt in den nächsten Jahren den Bau eines teuren Kraftwerks, Sozialabbau und Rassismus. Eine bereits angekündigte Obergrenze der Verschuldung (finanziert durch SteuerzahlerInnen) oder der Plan, den sozialen Wohnbau einzuschränken, zeigen, wohin die Reise geht. Das macht Widerstand notwendig.

Am 1. April organisierte die SLP zusammen mit der neuen linken Initiative Aufbruch eine Demonstration gegen den Amtsantritt. Es war Samstag, damit auch berufstätige Menschen die Möglichkeit haben, auf die Straße zu gehen. Der Demonstrationzug, an dem sich bis zu 100 Menschen beteiligten, ging bis vors Rathaus. In zahlreichen Gesprächen mit PassantInnen wiesen wir darauf hin, dass die Millionen, die für das unrentable Prestigeprojekt Murkraftwerk ausgegeben werden, in leistbaren Gemeindewohnungen, dem Ausbau des öffentlichen Verkehrs oder im Sozialbereich besser investiert wären.

Auf die Initiative von SLP und Aufbruch gründeten wir mit verschiedenen linken Organisationen das antikapitalistische Bündnis „Gegenstrom! Graz für

alle – Mur für alle!“, das sich sowohl gegen die neue Regierung, als auch gegen das Murkraftwerk richtet. Dieses Bündnis organisierte am 4. April, dem Tag der Angelobung, bereits die nächste Demonstration, an der über 300 teilnahmen. Die Abschlusskundgebung war so laut, dass die Proteste bis in den Gemeinderatssaal zu hören waren.

Die SLP betont bei allen Protesten, dass es notwendig ist, den Widerstand gegen die neue Regierung mit jenem gegen das Murkraftwerk zu verbinden. Das drückten wir mit dem Demonstrationsspruch „Was bedeutet Schwarz und Blau? Rassismus und ein Kraftwerksbau!“ aus. Für die kommenden Proteste ist es wichtig, dass die KPÖ, immerhin zweitstärkste Kraft im Gemeinderat, aus ihrem Winterschlaf erwacht und sich an die Spitze des Widerstandes stellt. Wenn sich die Proteste gegen die kommenden Kürzungen bei Mindestsicherung und Wohnen mit jenen gegen das Murkraftwerk sowie gegen Rassismus und ein reaktionäres Geschichts- und Kulturbild verbinden, dann kann es uns gelingen, Nagl und ConsortInnen aus ihren Ämtern zu jagen.

Alois Ertl



Aufbruch Wohnenkampagne

„Die Privaten sind völlig unfähig, den Wohnungsmarkt nach den Bedürfnissen der Gesellschaft zu gestalten!“ meinte SLP-Aktivist Stefan Gredler auf der Auftaktkundgebung der

Aufbruch lokal zu verankern. Immer wieder wird es auch inhaltliche Veranstaltungen mit Gästen geben, die schon seit Jahren in den diversen Initiativen zum Thema Wohnen aktiv

bereitung der Kampagne besonders wichtig. Aber es geht auch darum, Aufbruch weiter aufzubauen, denn eine Kampagne alleine wird die Wohnmiserie nicht beenden. Wir

Keine Profite mit der Miete – Keine Millionen mit dem Wohnen: So die neue Aufbruch-Kampagne.

neuen Kampagne der Initiative Aufbruch. Obwohl immer weniger Wohnraum gerade für normale und niedrige Einkommen zur Verfügung steht, bauen die Privaten nur Büros und Luxuswohnungen.

Das Herz der Aufbruch-Kampagne sind viele Aktionen wie Infotische usw., um mit PassantInnen ins Gespräch zu kommen und

sind. Zwischenziel ist eine Demo am 1. Juli, die die Forderungen wie 500.000 neue Gemeindewohnungen oder Enteignung von SpekulantInnen laut hinausprechen wird.

Gerade diese Punkte, die die Eigentumsverhältnisse beim Thema Wohnen ins Zentrum rücken, waren der SLP bei der Vor-

brauchen wieder eine linke Kraft, die in der Lage ist, große Kämpfe zu organisieren und sie auch gegen die Reichen und ihre Parteien zu gewinnen. Deshalb ist die SLP bei Aufbruch dabei und natürlich auch bei der Kampagne.

Tilman M. Ruster

Mehr Infos:

<https://aufbruch.or.at/>



Protest gegen französischen Multi TOTAL

Am 31.3. organisierte das CWI einen internationalen Aktionstag gegen TOTAL. Der Konzern ist seinen ehemaligen Beschäftigten im extrem armen Jemen viel Geld schuldig. Von den ArbeiterInnen, die für ihre Rechte kämpften, wurden drei ermordet! In Wien 11 organisierte die SLP eine Kundgebung vor dem Firmensitz. Mittels Transparent, Reden und Tafeln zeigten wir auf, dass Total für Profite offensichtlich über

Leichen geht. TOTAL-Geschäftsführer Jezioro gab sich unwissend, als wir unsere Protestnote überreichten, die u.a. von GewerkschafterInnen und BetriebsrätInnen unterstützt wird. Die Aktion stieß in den umliegenden Bürogebäuden auf starkes Interesse. Wir erhielten Applaus aus den Fenstern, wo ein Kollege durch das Heraushalten einer roten Jacke signalisierte, dass er solche gewerkschaftlichen Anliegen unterstützt.

Termin des Monats



Eine Welt zu gewinnen in Graz

Bei der nächsten Station der SLP-Österreichtour von „Eine Welt zu gewinnen“ diskutieren wir in Graz mit einem AktivistInnen der KPÖ Steiermark über kommunistische Politik heute, mit AktivistInnen des Widerstands gegen das Murkraftwerk über Schwarz-Blau in Graz und nicht zuletzt über die Initiative Aufbruch und die Frage, wie wir eine schlagkräftige neue Linke aufbauen können.

13. 5., ab 11⁰⁰ Uhr

Cuntra La Cultra – Graz; Griesplatz 3

Genaue Infos: www.slp.at bzw. FB Eine Welt zu gewinnen

Unternehmen rühmen sich nur zu gern mit dem Corporate Social Responsibility Award (CSR). Das ist ein Preis, bei dem Firmen sich als sozial und umweltfreundlich darstellen können. Die Realität sieht jedoch anders aus: Es geht ihnen nicht um echte Verbesserungen für Menschen, sondern um steigende Profite, ganz nach der Logik des Wirtschaftssystems Kapitalismus. Und CSR macht „sympathisch“ und ist eine zusätzliche Werbeschiene.

So versucht auch der weltgrößte Nahrungsmittelkonzern Nestlé sein Image aufzupolieren und sich als sozial und verantwortlich handelnd zu präsentie-

Rote Seitenblicke

ren. Der Konzern hat das auch dringend nötig, immerhin fiel Nestlé in der Vergangenheit immer wieder mit negativen Schlagzeilen auf. Von gesundheitsgefährdenden Produkten, vom Kauf von Grundwasser, schlechten Arbeitsbedingungen, hartem Vorgehen gegen Gewerkschaften und sogar von Zwangsarbeit war da die Rede. Vor kurzem wurde dem Konzern jedoch erneut der CSR Award verliehen, weil er sich angeblich gegen Arbeitslosigkeit in Europa einsetzen würde. Man braucht jedoch nur einen Blick nach Österreich zu werfen: Denn da sieht man nichts vom ach so verantwortungsvollen Handeln von Nestlé. Der Konzern hat erst vor kurzem beschlossen, das Werk in Linz abzubauen und 127 Beschäftigte einfach vor die Tür zu setzen. 2018 soll der Standort geschlossen werden. Und das, obwohl der Konzern im vergangenen Jahr einen Reingewinn von acht Milliarden Euro einfuhr.

Lucia Pammer



Sport in den USA: Alles für die Show

Mit den Worten „Ladies and Gentlemen, start your engines!“ startet am 28. Mai das älteste Autorennen der Welt, die 500 Meilen von Indianapolis. Das

ten wieder ein aktiver Formel 1-Weltmeister am Indy 500 teil. Wohl aber auch eher aus Marketing-Gründen, um das schwächelnde McLaren/Honda

genteil, in vielen Sportarten wird in den USA massiv über Transferbestimmungen, Regelwerk etc. in den Sport eingegriffen, damit die Dominanz eines

schied zur F1 kommt daher, dass in den USA die Serie als Serie vermarktet wird, während in der Formel 1 die Autohersteller durch die Werbung ihren Hauptvorteil ziehen.

Sport ist hier wie dort nicht Vorreiter für Chancengleichheit in der Gesellschaft, sondern hat rein kommerzielle Interessen. Mehr „Chancengleichheit“ schafft einfach eine bessere Show, die besser verkauft werden kann. Als weiterer Begleiteffekt lässt sich mit dem Sieg eines „Underdogs“ der amerikanische Traum „Vom Tellerwäscher zum Millionär“ leichter aufrechterhalten und kann in diesem Sinn medial ausgeschlachtet werden.

Albert Kropf

Europa – USA: Unterschiedlicher Zugang zu Wettbewerb und Show, gleiches Ziel – Profit.

Rennen gehört zur Indy-Car-Serie, die hauptsächlich in Nordamerika getragen wird. Im Rest der Welt wird nur (mehr) mäßig Notiz davon genommen, hier ist die Formel 1 (noch) die Königsklasse. Trotzdem ist das Indy 500 mit 400.000 Zusehern vor Ort der weltweit größte jährliche Sportevent. Dieses Jahr nimmt mit Fernando Alonso auch zum ersten Mal seit Jahrzeh-

Team in die Schlagzeilen zu bringen.

Die USA gelten als das Mutterland des freien Wettbewerbs und der freien Marktwirtschaft. Das hat natürlich in Wirklichkeit nichts mit echter Freiheit zu tun, sondern steht für die Einzementierung des Rechts des Stärkeren. Auch im Sport herrscht weder freier noch sportlicher Wettbewerb. Ganz im Ge-

Teams, Mannschaft oder auch Rennstalls verhindert wird. In der Indy-Car-Serie gibt es laufend radikale Regeländerungen, die sich viele F1-Fans wünschen würden, um das Feld auszugleichen. So gibt es Budget-Obergrenzen, einheitliche Motoren zu Fixpreisen oder einen Chassis-Hersteller mit unterschiedlichen Aero-Kits (=Flügel etc.). Der gravierende Unter-

Hausnummern und Schulpflicht?

Schon wieder wird ein verklärtes Bild von der „guten alten Zeit“ beschworen und mit falscher, romantisierender Darstellung der österreichischen Monarchie verbunden. Nach Prinz Eugen und Franz Josef ist heuer Maria Theresias 300. Geburtstag dran. Im Mittelpunkt steht wie immer das Privatleben der Herrscherin, während Armut und Elend der von ihr Beherrschten außen vor gelassen werden. Von einer „großen Reformerin“

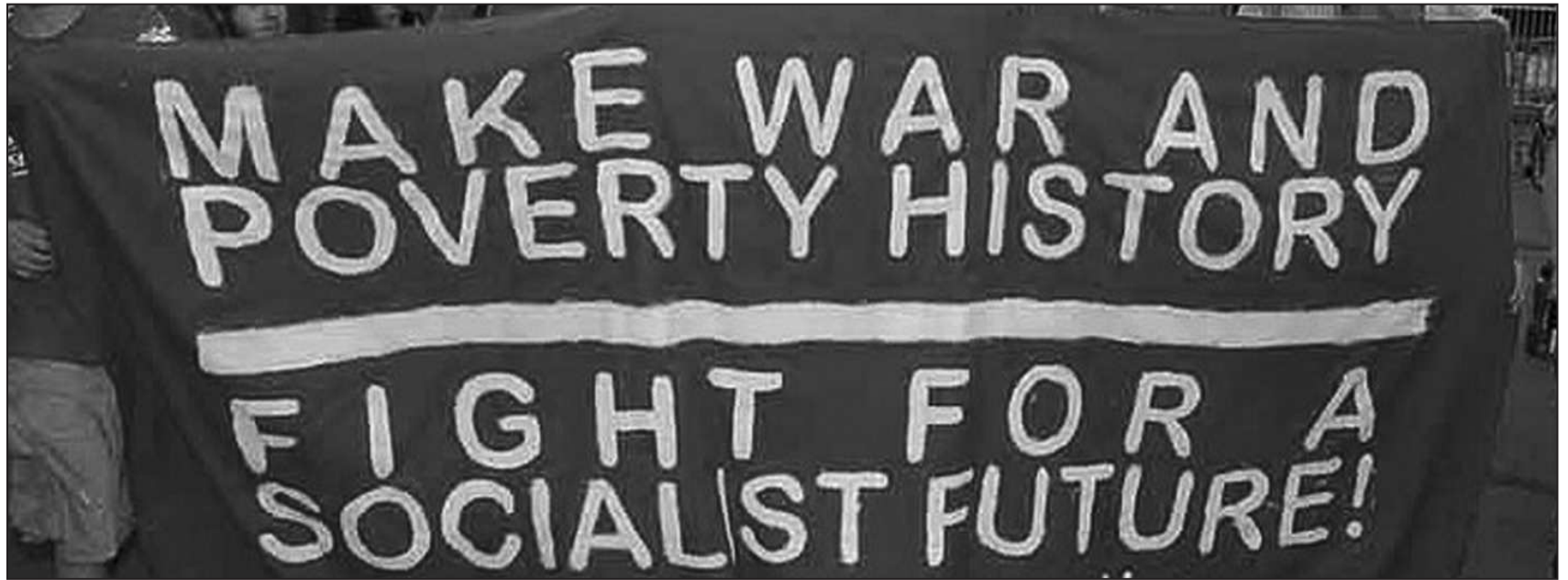
ist die Rede und von einer „starken Frau“. Doch gerade Frauen gehörten zu den am ärgsten von der katholischen Fundamentalistin Verfolgten. Die radikale Abtreibungsgegnerin schuf 1768 die „Constitutio Criminalis Theresiana“ mit umfangreichen Foltermethoden und Todesstrafen. Für Abtreibung hat sie darin vorgesehen: „...§. 16. ... solle auf die gewöhnliche Richtigkeit geführt, ihr beyde Brüste mit glühenden Zangen herausgerissen,

und sie folgendes mit dem Schwerd vom Leben zum Tod hingerichtet werden.“ Auch Massenvertreibung gehörte zum politischen Programm Maria Theresias. Sie verfolgte besonders ProtestantInnen und 1744 ließ sie 20.000 JüdInnen aus Prag vertreiben. Die überwiegend positive Bezugnahme auf Maria Theresia zeigt, dass man auch heute noch kein kritisches Wort über die Herrschenden verlieren möchte...

Helga Schröder



VORWÄRTSSCHWERPUNKT



Sozialismus als echte Alternative

Seit mittlerweile rund acht Jahren befindet sich die Welt im Griff der längsten und schwersten Wirtschaftskrise seit den 1930er Jahren. In den 90er und frühen 2000er Jahren glaubten noch viele die Behauptung, der Kapitalismus werde nun Frieden und Wohlstand für alle bringen. Heute ist das purer Hohn. In der seit knapp einem Jahrzehnt anhaltenden Rezessions- und Stagnationsperiode in Europa können selbst in den imperialistischen Metropolen die meisten Menschen bestenfalls noch hoffen, nicht zu verarmen. Kaum jemand erwartet noch, dass es den Kindern einmal besser gehen werde als einem

eine gesicherte Zukunft in Frieden, materieller Sicherheit und Würde nur durch grundlegende Veränderungen möglich ist. Der noch vor zehn, fünfzehn Jahren außerhalb kleiner linker Kreise so verpönte Begriff des Sozialismus gewinnt da neue Popularität. Antikommunistische Schaugeschichten verblassen und immer mehr Leute verbinden mit den Begriffen Sozialismus und Kommunismus die positive Vorstellung einer vernünftigeren, humaneren Gesellschaft.

Aber was verstehen die Menschen darunter? Meist sind es sehr vage Vorstellungen von einer irgendwie "gerechteren" und "menschliche-

lung zeigt, dass das politisch-theoretische Bewusstsein ebenfalls verwirrt ist. Das ist das Ergebnis der Schwäche der ArbeiterInnenbewegung, der wenigen Klassenkämpfe und des Fehlens von starken sozialistischen Organisationen. Hatten früher sozialdemokratische und kommunistische Parteien und Gewerkschaften eine ihrer wichtigsten Aufgaben darin gesehen, den proletarischen Massen ein marxistisches Verständnis zu vermitteln (bzw. was sie darunter verstanden), so sind die sozialdemokratischen Parteien heute verbürgerlicht und neoliberal geworden, die kommunistischen Parteien nach

sen deutlich hinter das Niveau der großen Zeit der ArbeiterInnenbewegung zurückgefallen ist. Aber dieser Prozess ist nicht unumkehrbar. Mit Fortschreiten der Krise werden auch in Europa die Klassenkämpfe immer häufiger. In diesen Kämpfen suchen Menschen nach praktischem, aber auch theoretischem Rüstzeug, das ihnen ermöglicht, ihre Kämpfe zu gewinnen. Die Erfahrungen mit KapitalistInnen, Polizei und Staat zeigen, dass eine wirkliche Lösung im Rahmen dieses Systems nicht möglich ist und der Wunsch danach, etwas "Anderes" zu schaffen, wächst. Wer bei „Gerechtigkeit“ beginnt, landet bald bei

ma noch abstrakt, sondern sehr konkrete Analyse und Werkzeug für die sehr realen Bewegungen und Kämpfe. Die Arbeit von SozialistInnen, die in diesen Kämpfen Programm und Methode vorschlagen, ist auch eine wichtige Grundlage für das Entstehen von neuen linken Organisationen. Diese beginnen meist als (vermeintlich) breite, vage, reformistische neue Formationen, wie sie in ganz Europa aus dem Boden schießen. Damit sie als Organisation bestehen bleiben und die notwendigen Kämpfe gewinnen können, braucht es aber ArbeiterInnenparteien mit sozialistischem Programm, die den verwaisten Platz der „revolutionären Kampfparteien“ einnehmen.

Kapitalismus ist die Ursache und nicht die Lösung der Probleme. Aber was ist die Alternative?

selbst. Und an den Rändern Europas, in der Ukraine, im Nahen Osten und in Nordafrika, wird aus der Krise bereits Chaos und Zusammenbruch der Zivilisation.

Angesichts der trüben Wirklichkeit der 2010er Jahre wird immer mehr Menschen klar, dass das kapitalistische System mit ihren Interessen unvereinbar ist und

ren" Welt. Manche meinen, dass es reicht, wenn politische und sonstige EntscheidungsträgerInnen mehr "Anstand" besitzen und durch kleinere oder größere Reformen alle möglichen Missstände beseitigt werden. Andere sind für „Revolution“ und den Sturz des Kapitalismus.

Die Breite und Unbestimmtheit der Vorstel-

langer stalinistischer Degeneration weitgehend zerfallen und haben viele Gewerkschaften in Zeiten der Sozialpartnerschaft jeden Kampfgeist verloren und jedes Interesse an der Vermittlung von Klassenbewusstsein.

Es ist unvermeidlich, dass unter solchen Bedingungen der politische Bewusstseinsgrad der Mas-

den Widersprüchen des Kapitalismus und der Notwendigkeit, diesen zu stürzen.

Es ist kein Zufall, dass 2017 ein Film über Marx und Engels erscheint, denn das theoretische Rüstzeug für die kommenden Bewegungen existiert bereits. Und zwar in Form des revolutionären Marxismus. Dieser ist weder Dog-

Die Idee des „Sozialismus“ ist im Jahr des hundertsten Jahrestages der Russischen Revolution sehr lebendig. Wir erleben die schwerste Krise des Kapitalismus seit knapp einem Jahrhundert. Es liegt an uns, ob es gelingt, dieser Krise auch wieder starke revolutionäre ArbeiterInnenparteien entgegenzustellen, die in der Lage sind, sie zur letzten Krise des Kapitalismus zu machen und eine demokratische sozialistische Welt zu gewinnen.

Fabian Lehr

Auch sie haben sich für sozialistische Ideen begeistert:

Cristiano Lucarelli (Fußballspieler)	Ennio Morricone (Komponist)
Frida Kahlo (Malerin)	George Orwell (Schriftsteller)
Humphrey Bogart (Schauspieler)	Helen Keller (Schriftstellerin)
Jack London (Schriftsteller)	John Lennon (Musiker – Beatles)
Malala Yousafzai (Bildungsaktivistin)	Tom Morello (Gitarrengott)
Marie Curie (Wissenschaftlerin)	Lise Meitner (Kernphysikerin)
Pablo Picasso (Künstler)	Margarete Schütte-Lihotzky (Architektin)
Rosa Parks (BürgerInnenrechtsaktivistin)	Nina Simone (Sängerin)
Socrates (brasilianische Fußballlegende)	Pete Townshend (Musiker – The Who)
Vanessa Redgrave (Oscargewinnerin)	Susan Sarandon (Schauspielerin)

Meinungen zu Sozialismus und Kapitalismus in Zahlen

- Das Pew Research Center gibt zu einer weltweiten Umfrage von rund 26.000 Befragten in 21 Ländern an: nur jedeR vierte ist mit der Wirtschaftslage im eigenen Land zufrieden. In 11 der Länder ist nur jedeR Zweite der Meinung, dass freie Marktwirtschaft zu mehr Wohlstand führe. Der „Glaubenssatz“, harte Arbeit führe zu mehr Wohlstand hat ausgedient, da er sich in der Wirklichkeit überholt hat.
- Laut einer Emnid-Umfrage können sich 80% der Ostdeutschen und 72 % der Westdeutschen vorstellen, in einem sozialistischen Staat zu leben. In einer aktuellen Yougov-Umfrage wird Sozialismus insgesamt von 45% gegenüber dem Kapitalismus favorisiert und nur 26% der Befragten finden das keine Option. Bei der gleichen Frage lehnen 47 % Kapitalismus ab.
- In der gleichen Umfrage bevorzugen in Britannien 36 % Sozialismus und 39 % lehnen Kapitalismus ab. Und sogar im angeblichen Mutterland des Kapitalismus, den USA, gibt es eine Zustimmung von 29 % für Sozialismus und sind 27% gegen Kapitalismus. 71 % der Bevölkerung sind hier überzeugt davon, dass die Macht der Banken und soziale Ungleichheit Proteste notwendig machen. 48 % stimmen der Aussage zu, dass Kapitalismus nicht mehr in diese Welt passe. Eine Harvard-Umfrage unter 18 bis 29 jährigen setzt dem noch eines drauf: 51 % „halten nichts vom Kapitalismus“.
- In einer breiter angelegten Studie von „Statista“ in mehreren Ländern zur Frage „Welche der folgenden Aussagen gibt Ihre Meinung zum Kapitalismus am besten wieder?“ sehen in Frankreich 43 % den Kapitalismus als „ruiniert“, in Italien und Spanien 29 % und in Russland und Polen 22 % bzw. 23 %, sogar in China wird das von 18 % so gesehen.
- Kapitalismus wird mit Gier, sozialer Ungleichheit, Gewinnstreben verbunden. Dass Kapitalismus „Freiheit“ bedeutet, meinten 1992 noch 48 % – heute nur mehr 27 %. Dass er „Fortschritt“ bedeutet, glauben 38 % (1992: 69 %). Dass er „Ausbeutung“ bedeutet, meinen heute 77 % (1992: 66 %). Bei „Gerechtigkeit“ rasselt der Prozentsatz mit 5% in den Keller.
- Und sogar in Österreich geben 81 % an, dass das „jetzige System an seine Grenzen“ stößt.

Karin Wottawa

Ist der Mensch zu schlecht für den Sozialismus?

Spätestens seit Beginn der Weltwirtschaftskrise 2008 wird immer mehr Menschen klar, dass der Kapitalismus nicht funktioniert. Viele suchen nach einer Alternative, und immer öfter kommt „Sozialismus“ ins Spiel. Doch da kom-

men sich in Gruppen (Gesellschaften) zusammen, um bestimmte Bedürfnisse befriedigen zu können. Der Stand der Naturbeherrschung und die Form, wie Gesellschaften die Güter produzieren, die sie benötigen, stellen somit die Rahmenbedin-

den nicht durch die Bösartigkeit einzelner Personen verursacht, sondern stehen im Zusammenhang mit dem imperialistischen Wettstreit um Ressourcen und Absatzmärkte. Menschen werden auf allen Ebenen in Konkurrenz zueinander gedrängt: Firma gegen Firma, Staat gegen Staat, AusländerInnen gegen InländerInnen, Männer gegen Frauen usw. Dieses „Alle gegen alle“-System bringt Egoismus und Gewalt hervor. Rassismus, Sexismus und Homophobie werden als Antworten gesehen, um im allgemeinen Hauen und Stechen nicht selbst unter die Räder zu kommen. Das nützt den herrschenden Eliten. Sie stehen zwar selbst in Konkurrenz zueinander, haben jedoch das gemeinsame Interesse, jene, die die Profite für sie erarbeiten, unten zu halten. Die Aussicht, keinen Job und keine Zukunft zu haben, macht zu recht wütend. Gibt es kein Angebot, diesen Zustand durch eine starke ArbeiterInnenbewegung zu verändern, reagieren manche Menschen auf diese Verzweiflung mit Gewalt oder schließen sich terroristischen Gruppen an, die scheinbar Antworten auf ihre Probleme liefern. Die kapitalistische Ausbeutung und die imperialistischen Kriege erzeugen sowohl Flüchtlinge als auch Terrorismus. Der Kampf gegen Gewalt und Terrorismus muss daher letztlich auch immer ein Kampf gegen Kapitalismus sein.

Die tägliche Praxis zeigt, dass der Kapitalismus...

men Argumente wie: „Der Sozialismus ist eine schöne Idee – aber er funktioniert nicht.“ Aber stimmt das tatsächlich? Die herrschenden KapitalistInnen versuchen, ihr System zu legitimieren – genau wie SklavenhalterInnen, Kirchenfürsten, KönigInnen und KaiserInnen auch versuchten, ihre jeweiligen Systeme als alternativlos darzustellen, bis sie dann doch gestürzt wurden. Die abschreckenden Beispiele der stalinistischen Staaten machen es ihnen leichter, den Kapitalismus als bestes System zu präsentieren. Wir zeigen in unserer Broschüre „Ist der Mensch zu schlecht für den Sozialismus?“, dass Sozialismus den Bedürfnissen und Möglichkeiten der Menschen weit mehr entspricht und greifen gängige Vorurteile auf. Hier ein kurzer Überblick:

Das wohl häufigste Argument ist, Menschen seien zu gierig oder zu egoistisch, um in einer solidarischen Gesellschaft zu leben. Menschen schlie-

gungen für das Verhalten der Gesellschaftsmitglieder dar. Keine „menschliche Natur“ bestimmt unser Verhalten, sondern die Strukturen, die wir vorfinden, um unsere Bedürfnisse zu befriedigen. Der Versuch, sich anderen gegenüber einen Vorteil zu verschaffen entsteht dort, wo es nötig ist, wo Mangel herrscht. So würde in Österreich niemand auf die Idee kommen, massenhaft Wasser zu horten, während solche Handlungen in trockeneren Staaten bewaffnete Konflikte auslösen können. Die technische Entwicklung hat uns längst in die Lage versetzt, alle lebenswichtigen Güter für alle im Überfluss zur Verfügung zu stellen. Im Kapitalismus ist das jedoch nicht der Zweck der Produktion von Gütern – sondern der Verkauf von Waren, also der Profit. So schafft der Kapitalismus künstliche Mängel. Diese Mängel und nicht die menschliche Natur führen auch zur Anwendung von Gewalt. Kriege etwa wer-

Ist der Mensch zu schlecht für den Sozialismus?**10 Fragen – 10 Antworten**

Eine Broschüre der Sozialistischen LinksPartei (SLP)

Österreichische Sektion des Komitees für eine ArbeiterInneninternationale CWI/KAI/CIO

Trotz all dieser gesellschaftlichen Zwänge handeln unzählige Menschen in zahlreichen Bereichen sozial, etwa durch ehrenamtliche Aktivität bei sozialen Projekten, Gewerkschaften und Parteien, freiwilligen Feuerwehren oder bei der Flüchtlingshilfe. Gerade diese Beispiele zeigen auch, dass Menschen keineswegs

er heute existiert, nicht mehr notwendig. Heute wird die Verschiedenheit von Menschen und ihren Bedürfnissen ignoriert, alle müssen „leisten“ und „funktionieren“. Wenn aber die Menschen und ihre Bedürfnisse im Zentrum stehen, dann sind wir alle in unserer Verschiedenheit gleichwertig und können Potentiale entfalten, die im Ka-

zeigt hat, können sie geschlagen werden, wenn es in diesen Bewegungen keine starken und organisierten Kräfte mit sozialistischer Perspektive gibt – mit all den schrecklichen Konsequenzen, die wir gerade sehen.

Die stalinistischen Staaten dienen den Herrschenden als abschreckendes Beispiel gegen sozialistische Ideen. Doch die Analyse der Entwicklung in Russland in den 1920er Jahren zeigt, dass es ein unterentwickeltes und armes Land war, das sich bereits seit Jahren im Krieg befand. Die Verwüstungen von Krieg und Bürgerkrieg zerstörten große Teile der Wirtschaft des Landes. Der massive Mangel war die Grundlage für die Entstehung einer abgehobenen Bürokratie, die sozialistische Konzepte brutal mit Füßen trat. Aufgrund der technischen Entwicklung und auch der Erfahrungen sind die Grundlagen für eine erfolgreiche sozialistische Revolution und die Errichtung einer demokratischen sozialistischen Gesellschaft heute weit besser.

Es werden in der Zukunft wieder revolutionäre Situationen kommen – ob wir dann den Kapitalismus endgültig stürzen können hängt auch von Dir ab! Denn nicht der Mensch ist zu schlecht für den Sozialismus, sondern der Kapitalismus ist zu schlecht für den Menschen!

Manuel Schwaiger**...zu schlecht für den Menschen ist!**

von Natur aus „faul“ sind und zur Arbeit gezwungen werden müssen. Menschen arbeiten gerne und viel – wenn sie Sinn und Nutzen, sowohl persönlichen als auch gesellschaftlichen, in ihrer Arbeit sehen. Arbeit im Kapitalismus ist oft sinnlos, schlecht organisiert, mies bezahlt, gefährlich und unangenehm. In einer sozialistischen Gesellschaft kann durch demokratische und deswegen effizientere Planung der Wirtschaft und den Einsatz aller technischen Möglichkeiten bei gleichzeitiger Abschaffung von z.B. schadhafte, unnötigen oder gefährlichen Produkten die Arbeitszeit stark reduziert werden. Wirtschaftlicher Fortschritt würde steigenden Lebensstandard bedeuten – nicht Profite. Unter solchen Bedingungen wäre Arbeit deutlich weniger unangenehm und ein Zwang zur Arbeit, wie

pitalismus z.B. durch Armut behindert werden.

Der Sturz des Kapitalismus durch die ArbeiterInnenklasse ist immer noch notwendig und möglich. Zwar mag der typische Industriearbeiter immer seltener werden. Aber auch Angestellte, prekär Beschäftigte und viele der „Freien DienstnehmerInnen“ sind ArbeiterInnen, die dazu gezwungen sind, ihre Arbeitskraft gegen Lohn zu verkaufen. Oft sind gerade diese „neuen“ Schichten der ArbeiterInnenklasse am kämpferischsten: In den USA erkämpfen ArbeiterInnen von Fast-Food und Einzelhandelsketten den \$15-Mindestlohn, in Deutschland und Österreich brodeln es ständig im Sozial- und Gesundheitsbereich. Auch revolutionäre Massenbewegungen brechen immer wieder aus. Aber wie der arabische Frühling ge-

**Marx aktuell**

Eine Frage, die schwerer zu beantworten ist, als es auf den ersten Blick scheint. Utopische SozialistInnen wie Fourier oder Saint-Simon hatten ein idealistisches Bild einer sozialistischen Gesellschaft. Angeekelt vom Elend der Menschen im Kapitalismus setzten sie sich Gerechtigkeit und Gleichheit zum Ziel, ohne die Gesetze des Kapitalismus ausreichend zu untersuchen. Die Ursachen der Missstände suchten sie eher im Individuum als im Wirtschaftssystem. Fourier z.B. verband seine Kritik an Finanzspekulation mit Antisemitismus. Bei anderen beinhaltete Sozialismus eine bestimmte Menge Zucker pro Person oder Tanzunterricht – weil man selbst das gerne wollte.

Marx und Engels stellten den Kampf um Sozialismus auf eine wissenschaftliche Grundlage. Sie setzten sich mit den notwendigen wirtschaftlichen und politi-

Was ist eigentlich Sozialismus?

schen Grundlagen für eine sozialistische Gesellschaft auseinander. Im „Manifest der kommunistischen Partei“ formulierten sie 1848: *„Wenn das Proletariat ... die alten Produktionsverhältnisse aufhebt, so hebt sie mit diesen Produktionsverhältnissen die Existenzbedingungen des Klassengegensatzes, die Klassen überhaupt, und damit seine eigene Herrschaft als Klasse auf. An die Stelle der alten bürgerlichen Gesellschaft mit ihren Klassen und Klassengegensätzen tritt eine Assoziation, worin die freie Entwicklung eines jeden die Bedingung für die freie Entwicklung aller ist.“* Die demokratischen Räte-Strukturen der Pariser Commune 1871 sahen sie als Vorbild für die Demokratie im Sozialismus. Nach einem detaillierten Bild von Sozialismus wird man bei ihnen aber vergeblich suchen: sie wollten und konnten kommenden Entwicklungen nicht vorausgreifen, die durch eine Entfesselung der technischen und menschlichen Möglichkeiten erst möglich sein werden.

Im Gegensatz zum grundlegenden, aber undogmatischen Umgang von Marx und Engels hat der Stalinismus ein sehr starres Bild vom Sozialismus. Der von ihnen so genannte „real existierende Sozialismus“ wurde unterschieden von einer künftigen sozialistischen Gesellschaft. Und Kernstück der stalinistischen Ideologie war die Idee, dass Sozialismus in einem Land möglich wäre. So wurde Nationalismus, Mangel und Diktatur gerechtfertigt und auf eine ferne Zukunft verwiesen, in der ein „neuer Mensch“ entstanden sein sollte. Man war wieder beim Idealismus gelandet und schuf ein pseudoreligiöses Bild, um die Leiden und Schrecken der stalinistischen Diktatur als zeitbedingt und begrenzt erträglich zu machen.

Heute müssen wir betonen, was Sozialismus alles NICHT ist: Weder ein schaumgebremster Kapitalismus sozialdemokratischer Prägung noch die Diktaturen des Stalinismus. Sozialismus setzt der Unterdrückung des Menschen durch den Menschen ein Ende und ersetzt sie durch eine klassenlose Gesellschaft. Diese neue Gesellschaft schafft keinen einheitlichen Menschen, sondern gerechte und gleiche Ausgangsbedingungen zur vielfältigen Entwicklung aller Menschen. Bis wir dort ankommen, ist noch viel zu tun. Es gilt eine revolutionäre Bewegung zur Überwindung des kapitalistischen Systems aufzubauen. Denn wie es Rosa Luxemburg vor 100 Jahren schon richtig sagte, stehen wir vor der Wahl: „Sozialismus oder Barbarei“.

Nicolas Prettnner



Von Dummheit und Überheblichkeit

Trumps Wahlsieg, der Siegeszug von Le Pen, AfD oder FPÖ etc. – all das lässt Viele verzweifeln und die Hoffnung auf eine positive Zukunft verlieren. Wenn „die Leute“ so rechts, so voller Neid und Hass sind – wie soll dann eine Bewegung für eine bessere Welt entstehen? Wie sollen wir den Rassismus der etablierten Parteien und Medien bekämpfen, wenn „die

(und die sind weitgehend deckungsgleich mit „den Arbeitern“) der Elite halt nicht das Wasser reichen können. Wer was und wen aber warum wählt, wird in diesem Erklärungsmuster, das über eine moralische Ebene nicht hinausgeht, nicht erklärt.

Gleichzeitig mit der Wahl Trumps fanden auch diverse Volksabstimmungen in den USA statt, wo

Wenn es in der ArbeiterInnenklasse Rassismus und Sexismus gibt, dann ist das Ausdruck für die Schwäche der ArbeiterInnenbewegung in den letzten Jahrzehnten. Auch Regierungsparteien, große Medien und sogar der ÖGB tun so, als ob Flüchtlinge und MigrantInnen schuld an Arbeitslosigkeit und sozialen Problemen wären. Die Sozial-

zialen Bewegungen für die Rechte der Menschen ein. Dieses Vakuum füllt der Rechtspopulismus. Kämpferische Gewerkschaften, Parteien mit einem wirklich linken Programm und soziale Bewegungen könnten das Kräfteverhältnis verschieben, auch das Bewusstsein der Menschen. So verzögerte die Partei DIE LINKE in Deutschland die Entwicklung des Rechtspopulismus um Jahrzehnte.

Solidarität ist ein Grundprinzip der ArbeiterInnenbewegung und umso stärker, je stärker diese ist. Es geht nicht darum, dass die Menschen der ArbeiterInnenklasse prinzipiell bessere Menschen wären, sondern um ihre sozialen Interessen und deren Durchsetzbarkeit. Aufgrund ihrer Position in der Gesellschaft und gemeinsamen Lage in der Arbeitswelt liegt es für ArbeiterInnen und sozial Schwache in der Natur der Sache, sich zusammenzuschließen und zu organisieren.

In den Betrieben und Firmen kann nur der gemeinsame Kampf der KollegInnen gegen Verschlechterungen zum Erfolg führen. Solidarität wird zur Notwendig-

keit. Was andere auf politischer Ebene erlernen, ist für ArbeiterInnen eine gemeinsame Erfahrung am Arbeitsplatz. Klar wird auch bald, dass es gemeinsame Interessen von „uns hier unten“ im Gegensatz zu „denen da oben“ gibt. Zahllose Beispiele zeigen, dass rassistische, sexistische oder homophobe Vorurteile unter ArbeiterInnen im Zuge von gemeinsamen Kämpfen überwunden werden. Weil sich im gemeinsamen Kampf gegen Entlassungen oder für höhere Löhne zeigt, dass einem der türkische Kollege oder die serbische Kollegin weit näher steht, als der österreichische Chef. Während für die KapitalistInnen Konkurrenz und Ellenbogendenken nützlich ist, steht beides im Widerspruch zu den Interessen der ArbeiterInnenklasse.

Solidarität ist lernbar. Aufklärung und Information an Schulen etc. ist nichts Falsches, aber absolut unzureichend. Die gemeinsame Erfahrung in sozialen Bewegungen und Klassenkämpfen ist das Mittel, um die Spaltung der Gesellschaft entlang religiöser, ethnischer oder geschlechtermäßiger Trennungen zu überwinden.

Jan Millonig

„Nur die dümmsten Kälber wählen ihre Schlächter selber“ – Wer wählt die FPÖ?

Mehrheitsgesellschaft“ dem sowieso zustimmt? Wann werden Frauen in dieser Gesellschaft voller Alltagssexismus und übergriffigen Männern sicher sein?

Von „seriöser“ Seite wie auch auf Facebook & Co. sind die Schuldigen rasch gefunden: Das Wahlvolk, insbesondere „die Arbeiter“ sind einfach zu ungebildet oder schlichtweg „dumm“. Abgesehen davon, dass z.B. ein wesentlicher Teil der WählerInnen der extremen Rechten aus der Mittelschicht kommt, gibt es mehrere Gründe für dieses recht simple Erklärungsmuster. Neben bewusster Einseitigkeit und Vereinfachung zeigt sich hier ein Weltbild, indem „die Massen“

weitgehend linke, fortschrittliche Themen gewannen. Vor und nach der Wahl gab es eine Reihe von Bewegungen für soziale Verbesserungen, eine Massenkampagne für den linken Kandidaten Bernie Sanders und riesige Proteste gegen Rassismus, Sexismus und Trumps Präsidentschaft. In Österreich unterstützten 2015 über 100.000 Menschen Geflüchtete und forderten von der Regierung einen menschlichen Umgang mit ihnen. Weniger als ein Jahr danach erhielt Hofer fast 50% der Stimmen. Die Polarisierung findet rechts und links statt bzw. spiegelt das durchaus verwirrte Bewusstsein wider.

Bewusstsein existiert nicht im luftleeren Raum.

demokratie ist schon lange selbst zur Speerspitze rassistischer und neoliberaler Politik geworden und die Gewerkschaften tragen die „Österreich zuerst“-Konkurrenzlogik mit. Auch in Frauenbranchen ist der Vorsitzende ein Mann. Wenn hier keine starke ArbeiterInnenbewegung dagegen hält, setzen sich diese ebenso simplen wie falschen Erklärungsmuster durch. Es fehlen die Antworten von links. Es fehlt eine Kraft, die der neoliberalen Agenda etwas entgegenzusetzen hat. Keine Partei stellt Forderungen im Interesse der arbeitenden und armen Bevölkerung auf, gibt Antworten auf die wahren Probleme oder setzt sich in so-

Salzburg gegen Schulautonomie

SchülerInnen, LehrerInnen und Eltern organisieren sich in Salzburg gemeinsam gegen die geplante Bildungskürzung. Sie lassen sich nicht von den wenigen „Zuckerln“ wie der freien LehrerInnenwahl oder den frei festlegbaren Beginnzeiten der Schulen täuschen – von denen manche auch noch einen fahlen Beigeschmack haben. „Die 'Bildungsreform' ist eine reine Sparmaßnahme. Anstatt den Schulen mehr Autonomie zu geben, was der Name vermuten lässt, macht das Autonomiepaket das genaue Gegenteil“, sagt Florin Kowald, Schüler am BORG Nonntal.

Die Schulen sollen künftig den Mangel an Räumlichkeiten, Personal und Geldmitteln autonom verwalten müssen – Geld für wirkliche Autonomie gibt's aber keines. Um Sparmaßnahmen an den Schulen möglich zu machen, wird die KlassenschülerInnenhöchstzahl aufgehoben. Dazu sagt Lara Gschaider, Schülerin der HTL Salzburg: „Es ist in Klassen mit 25 SchülerInnen manchmal schon schwer, sich auf die Lehrkraft und den Unterricht konzentrieren zu können. Ich möchte gar nicht wissen, wie das ist, wenn Klassen keine Höchstzahl an SchülerInnen mehr haben. Man spart da am Lehrpersonal, aber ganz klar

auch automatisch an der Qualität des Unterrichts.“ Außerdem wird mit den Schulclustern eine neue Führungsposition geschaffen: die ClusterleiterInnen. Dabei handelt es sich um eine weitere Stelle „oben“ anstatt unten, in den Schulen. Dort fehlen laut Gewerkschaft rund 13.500 Posten für Unterstützungspersonal. Zusätzlich baut das Autonomiepaket die 2-Klassen-Bildung aus und öffnet Tür und Tor für externe Geldgeber, sprich die Eltern. Oder auch Banken und Konzerne. Diese wollen dann natürlich auch Einfluss auf das Schulgeschehen und den Unterrichtsinhalt.

Beim salzburgweiten Aktionstag am 26. April wurde ab 13:40 gegen die Kürzungsagenda der Regierung protestiert. SchülerInnen und LehrerInnen von zahlreichen Salzburger Schulen demonstrieren gemeinsam mit Eltern und solidarischen Menschen von ihrem jeweiligen Schulstandort in einem Sternmarsch zur Staatsbrücke. Von dort aus gingen alle zusammen zum Residenzplatz, um klar zu machen: „Die Schulen machen nicht mehr mit, beim Bildungsklausur von Hammer Schmid!“

Stefan Reifberger



JuZ braucht dich!

138.500 € mehr für Werbung, Förderungen für H&M, drei Vize-Bürgermeister – dafür hat der

trampeln können. Wer von den LinzerInnen hat bei der Wahl für schlechtere Jugendarbeit, die

... zur Unterstützung der Kampagne „Gemeinsam Jugendzentren retten!“

Linzer Gemeinderat Geld, aber mehrere Jugendzentren sollen geschlossen werden. Dagegen wehrt sich die Kampagne „Gemeinsam Jugendzentren retten“. Mittels Druck auf die Stadtregierung (SPÖ, FPÖ) wollen wir gemeinsam mit Jugendlichen und Beschäftigten den Verantwortlichen zeigen, dass sie nicht auf der Bevölkerung herum-

Entlassung von 13 Beschäftigten oder andere Verschlechterungen gestimmt?

Aktuell akzeptiert die (SPÖ nahe) Geschäftsführung des „Vereins Freizeit und Jugend“ die Kürzungen und blockiert sogar eine aktive Kampagne. Z.B., indem Beschäftigten in Mails davon abgeraten wird, zu Protesten zu kommen.

Die positiven Rückmeldungen auf der Straße zeigen, dass das Thema viele wütend macht. Bei Kundgebungen unterschreiben in nur einer Stunde regelmäßig ca. 100 Menschen. Immer wieder nehmen sich PassantInnen Listen mit nach Hause oder bringen ausgefüllte vorbei. Auch Jugendliche aus einem JuZ in Mödling zeigten ihre Solidarität.

Viele geben gern eine Unterschrift, doch es braucht einfach mehr! Dieses Mal müssen die Leute tatsächlich mit uns aktiv werden, ansonsten geht dieser Kampf gegen die Stadtregierung verloren und viele Jugendliche verlieren ihr JuZ!

Alec Jakolic



Pulse of Europe

Brexit und rechte Wahlerfolge machen Vielen zu Recht Angst. Hier trifft die 2016 gegründete „Bürgerinitiative“ „Pulse of Europe“ einen Nerv. Am bisherigen Höhepunkt, dem 2. April versammelten sich in 12 europäischen Ländern bis zu 48.000 Menschen, um für ein vereintes Europa zu demonstrieren. Den Initiatoren gelingt es, viele für „Gemeinsamkeit“ und „Einigkeit“ zu mobilisieren.

Nur: die EU war nie ein Friedensprojekt, ist für

Kriege mitverantwortlich und führt „Krieg“ gegen sozial Schwache wie z.B. in Griechenland. „Gemeinsam“ sind die politischen und wirtschaftlichen Interessen der Herrschenden. Ja, dem gilt es ein vereintes Europa entgegen zu setzen. Aber das ist nicht die EU, sondern ein Europa unter Kontrolle und Verwaltung der „99%“, wo der Reichtum Europas für die Menschen, nicht die Konzerne eingesetzt wird.

Stefan Brandl

Ausbeuterin des Monats



Katia "waxing lady" Wagner

Als „Opfer der Bürokratie“ inszenierte sich Wagner, die 70 Beschäftigten grundlegende Rechte verweigerte. Jetzt schließt sie, macht 70 Menschen arbeitslos und will mit ÖVP, WKO & Co. gegen Schutzbestimmungen kämpfen. Die Gewerkschaft vida klagt zwar, doch gegen solche Angriffe braucht es mehr als kosmetische Korrekturen!



Türkei: Aufstand gegen Diktatur

Am Sonntag den 16. April erhielten Erdogans diktatorische Pläne offiziell 51%. Das Referendum wurde in höchst undemokratischer Art durchgeführt. Nach einem versuchten und fehlgeschlagenen Militärputsch im Juli 2016 wurden hunderttausende hochrangige Soldaten, RichterInnen, StaatsanwältInnen, Polizeioffiziere und Aka-

te die Wahlkommission (YSK), dass sie auch nicht von ihr gekennzeichnete Stimmzettel und Umschläge als gültig zählen würde (betrifft bis zu 1,5 Millionen Stück). Das ist ein deutlicher Indikator für Wahlbetrug.

Der „Sieg“ von 51% ist daher ein Pyrrhussieg. Erdogan hat die Abstimmung gewonnen – er kann jedoch sehr viel

den letzten Wahlen gab es unter kurdischen WählerInnen einen Anstieg bei den Stimmen für Erdogan. Aber das ist in keiner Weise Ausdruck der wirklichen, sozialen Dynamik.

Mit dem Referendum hat die de facto Diktatur der Türkei eine gesetzliche Grundlage erhalten. Aber die Ergebnisse sind ein

den Armen, Jugendlichen und ArbeiterInnen erreichen. Sie kann man gewinnen, wenn deutlich wird, dass das Referendum keine Verbesserung ihrer Lage bewirkt. Genauso wenig ist das Bisschen, das sie vom vergangenen Wirtschaftswachstum abbekommen haben, gesichert. Dieses Wachstum war die Hauptstütze für die sozialen Reserven der AKP.

Die wirtschaftliche Lage verschlechtert sich schnell und die Verstärkung autoritärer Maßnahmen soll dem Regime helfen, die wachsende Unzufriedenheit und potenzielle Explosionen von Wut niederzuschlagen. In solch einer Phase ist die angeblich „sozialdemokratische“ Opposition der CHP keine wirkliche Alternative für die Massen. Obwohl die CHP gegen Erdogan ist und für ein „Nein“ geworben hat, ist sie eine nationalistische Partei mit einem prokapitalistischen Wirtschaftsprogramm, das dem der AKP sehr ähnlich ist. Der große Unterschied ist, dass die CHP einen anderen Flügel der türkischen KapitalistInnen repräsentiert. Die politische Polarisierung in der türkischen Gesellschaft zwischen AKP und CHP ist eine von konservativ oder säkular, aber

nicht von für oder gegen ArbeiterInnen. Denn beide fußen auf dem herrschenden System und den gesellschaftlichen Strukturen.

Eine vereinte ArbeiterInnenbewegung ist das einzige Gegenmittel zu diesen pro-kapitalistischen Parteien und zu Erdogans polarisierendem Gift. Was wir brauchen ist eine neue Partei, für die die HDP ein wichtiger Ausgangspunkt sein kann. Eine Partei, die den Klassenkampf gegen den Weg in die Diktatur aufnimmt und stattdessen für gute Jobs und Lebensbedingungen, öffentliche Dienste, soziale Gerechtigkeit, die Rechte der KurdInnen und anderer Minderheiten und für ArbeiterInneneinheit und Sozialismus kämpft. Sosyalist Alternatif hat, um möglichst viele Menschen aus der ArbeiterInnenklasse zu erreichen, eine Initiative „HAYIR Inisiyatifi“ (Initiative NEIN) mitinitiiert, die sich wohl als „NEIN ist nicht vorbei“ reorganisiert. Die politische Lage wird weiter kritisch bleiben. Angesichts der drohenden Diktatur können wir unser Vertrauen nur in unsere eigene Kraft setzen.

Ismail Okay

www.sosyalistalternatif.com

Das „Ja“ beim Referendum in der Türkei ist nur ein Pyrrhussieg für Erdogan!

demikerInnen von ihrem Posten entlassen. Viele JournalistInnen, politische AktivistInnen, GewerkschafterInnen und Abgeordnete wurden festgenommen.

Die Referendumskampagne fand vor dem Hintergrund des Ausnahmezustandes statt. Während die „Nein“-Kampagne unterdrückt wurde, wurde die „Ja“-Kampagne de facto vom Staat mit Plakaten, Medien, staatlichen Geldern, Polizeikräften etc. geführt. Die Abgeordneten der HDP (linke prokurdische Partei) wurden ins Gefängnis gesteckt. Die Reden von Vertretern der Regierungspartei AKP wurden landesweit während der Hauptabendzeit ausgestrahlt. Am Tag des Referendums verkünde-

mehr verlieren. Die beiden „Ja“-Parteien, AKP und die rechtsextreme MHP, kamen bei den letzten Wahlen auf 60%. Das „Ja“-Lager beim Referendum bekam lediglich 51% – trotz Manipulationen. In den drei größten Städten der Türkei Istanbul, Ankara und Izmir, stimmte eine Mehrheit mit „Nein“. Im Zuge der Kampagne wurden die Abgeordneten, viele HDP-Mitglieder und HDP-BürgermeisterInnen festgenommen bzw. ihrer Ämter enthoben. Erdogan wusste sehr gut, dass die nationalistischen Parteien – die Oppositionspartei CHP wie auch die MHP – keine Basis in Nordkurdisten besitzen. Darum hat Erdogan die HDP ausgeschaltet. Seit

Zeichen der Schwäche. Erdogan entgleitet die Unterstützung in der Bevölkerung. Die unter der Oberfläche schlummernde Wut hat sich noch tiefer in die Gesellschaft gegraben. Schon jetzt sehen wir Reaktionen auf den Straßen. Das knappe Ergebnis hat den Menschen Mut gegeben. In Gegenden wie Istanbul, Nordzypern und anderen Orten gab es spontane Demonstrationen noch am Abend des Referendums. Aus diesen Protesten muss sich massenhafter Widerstand gegen die Durchsetzung der neuen Verfassungsänderungen durch die Regierung entwickeln. Solch ein Widerstand muss sofort organisiert werden und auch die „Ja“-WählerInnen unter

100 Tage Chaos Trump

Die Bilanz der ersten 100 Tage Trump ist eine bewegte. Bei der Bildung der Regierung zeigte der Milliardär gleich, was er von den Rechten von Beschäftigten hält. Er wollte Puzder als Arbeitsminister einsetzen. Puzder ist extremer Gegner des Mindestlohns und möchte Gewerkschaften verbieten. Nach der Ankündigung von Widerstand aus einer starken Gewerkschaft im öffentlichen Dienst (SEIU) zog dieser seine Kandidatur zurück.

Die Rechte von ArbeitnehmerInnen kommen auch unter Druck durch die brutale Abschiebepolitik gegen illegalisierte MexikanerInnen. Die Brutalität der Greifkommandos der Behörden soll einschüchtern und Widerstand klein halten. Fälle, in denen ChefInnen illegalisierte Beschäftigte vor die Wahl stellen, entweder niedriger Lohn oder Abschiebung, sind keine Seltenheit. Die Solidarität in der Bevölkerung gegen diesen Rassismus wächst aber.

In der Außenpolitik setzt der neue Präsident auf Konfrontation. In Syrien ließ er einen Flugplatz mit Raketen beschießen. Vor einem neuen Krieg schreckt er scheinbar nicht zurück, auch nicht mit Nordkorea, wohin er einen Flugzeugträgerverband entsandt hat. Auch wenn die Eliten der Demokratischen Partei

in das Kettenrasseln gegen Assad einstimmen, sind es gerade die ArbeiterInnen, die auf keinen Fall einen neuen Krieg wollen.

Jess Spear von der Socialist Alternative (CWI USA) verweist auf den Konflikt zwischen den protektionistischen Ideen Trumps und dem Wunsch der Mehrheit der Milliardärsklasse, die von der Globalisierung profitiert. Es sind solche Widersprüche, die zeigen, wie schwach die Trump-Regierung trotz Allem eigentlich ist.

Es ist nicht zu übersehen, dass der Widerstand sich leidenschaftlicher entfaltet, und viele Menschen sehen in Trump eine reale Gefahr. Ob die Proteste erfolgreich sein werden, hängt davon ab, ob die Massenbewegung die effektivsten Methoden der ArbeiterInnenbewegung lernt, um eine Einheit der Aktionen zu erreichen. Spear schlägt ein mutiges Programm mit Aktionen wie Schul- und Unistreiks, Highwayblockaden, betrieblichen Streiks und Massendemonstrationen vor. Dieser Kampf lässt sich gewinnen und Trump lässt sich stürzen. Welche Chancen der dringend notwendige Widerstand aber auch bietet, zeigt das enorme Wachstum sozialistischer Gruppen in den USA.

Helmut Swoboda



Frankreich: Keine Wahl?

Stichwahl in Frankreich: Der neoliberale Investmentbanker Macron gegen die rechtsextreme Millionenerbin Le Pen. Die etablierten Parteien

und damit verantwortlich für 1,5 Millionen Arbeitslose mehr. Sein Programm sind neoliberale Kürzungen und unter anderem der Abbau von

Kürzungen und Rassismus stellte, Millionen begeistern und erreichte fast 20%. Im Juni sind Parlamentswahlen. Melenchon hat eine Bewegung losgetreten. Daraus muss jetzt eine kämpferische und demokratische Organisation werden, die an die kämpferische Streikbewegung des letzten Jahres anknüpft. Sie kann den Boden für eine neue echte ArbeiterInnenpartei bereiten. Es geht nicht um für oder gegen Europa, sondern um Nationalismus und Neoliberalismus auf der einen Seite und Internationalismus und Widerstand von unten auf der anderen. Melenchon hat eine Verantwortung – bleibt sie ungenutzt wird die Rechte noch stärker.

Den Schwung um Melenchon nutzen, um soziale Kämpfe zu organisieren und eine Alternative aufzubauen!

wurden abgestraft, besonders Hollandes „Sozialisten“. Viele wählen im 2. Wahlgang Macron, um Le Pen zu verhindern – doch auch seine Politik hat die Rechte so stark gemacht. Er ist kein „Newcomer“, sondern war Wirtschaftsminister unter Hollande,

150.000 Jobs im öffentlichen Dienst.

Wer von beiden auch an die Macht kommt, es wird zu massiven Angriffen auf soziale Rechte und zu verstärktem Rassismus kommen. Aber Melenchon konnte mit seinem linken Programm, das sich gegen

Russland gegen Korruption

Am 26. März fanden in knapp 100 Städten in allen Teilen Russlands Proteste gegen das Regime statt. Auslöser waren Korruptionsvorwürfe gegen Premier Medwedew, die im Internet viral gingen. Rund 70.000 Menschen, v.a. Jugendliche, beteiligten sich. Es wurde u.a. der Rücktritt der Regierung gefordert. Die Behörden griffen hart durch und bereits am ersten Tag der Proteste wurden über 1.500 Menschen festgenommen. Soziale For-

derungen sind diesmal weit präsenter und AktivistInnen der Sozialistischen Alternative (CWI in Russland) haben z.B. die Forderung nach einem Mindestlohn von 300 Rubel/Stunde zentral auf ihrem Material. Obwohl die Proteste illegalisiert wurden, wurden in Moskau und Petersburg in wenigen Minuten hunderte Flugblätter verteilt und viele mehr klickten im Anschluss unsere Homepage an,

Socialist.news

Serbien gegen Wahlbetrug

Seit den Wahlen von Vucic zum serbischen Präsidenten am 2. April, beteiligten sich in verschiedenen serbischen Städten Tausende an Anti-Vucic-Demos. Auslöser für die größten Proteste seit dem Sturz Miloševićs sind verschiedenste Fälle von Wahlbetrug und Vucics autoritärer Regierungsstil. Nun fordern die Protestierenden faire Wahlen, Medienfreiheit, Dezentralisierung der Macht. Die aufgestaute Wut bricht her-

vor und auch Forderungen nach verbesserten Lebens- und Arbeitsbedingungen und gratis Bildung und Gesundheitsversorgung für alle werden immer wichtiger. Bei den Protesten sind v.a. junge Menschen, aber auch Gewerkschaften und streikende ArbeiterInnen. CWI-AktivistInnen beteiligten sich vor Ort an den Protesten und unterstützen auch internationale Solidaritätsproteste.

Socialistworld.net

Hong Kong

Vier Abgeordneten droht mit fadenscheinigen Begründungen der Verlust des Mandates. Darunter „Long Hair“, der bekannteste linke Oppositionelle. Das ist Teil des Angriffs auf demokratische Rechte in Hong Kong, die China vorantreibt. CWI-AktivistInnen solidarisierten sich in Hong Kong und weltweit mit den Betroffenen. In Wien wurde eine Kundgebung vor der chinesischen Botschaft abgehalten.

Socialism.hk



Zurück, einsam oder gemeinsam?

Der Ausschluss der Jungen Grünen aus der Grünen Partei hat Wellen geschlagen. Die Aufmerksamkeit, die objektive Situation und die politische Heimatlosigkeit der AktivistInnen birgt auch Verantwortung. Wohin soll es gehen? Eine Diskussion zwischen Marcel Andreu von den Jungen Grünen und Sebastian Kugler von der SLP.

Junge Grüne: Wir machen weiter!

Die österreichische Gesellschaft wird immer autoritärer. Die ÖVP betreibt fleißig den Abbau der sozialen und der Grundrechte. Die SPÖ mischt leider erfolgreich den neoliberalen Dritten Weg mit der Abschiebung in der Herkules-Maschine. Die FPÖ steht vor dem Luxus-Problem, dass es sie für die Durchsetzung ihres Programms gar nicht mehr zu brauchen scheint. Und die Grünen? Die suhlen sich – leider! – in der politischen Wirkungslosigkeit und leisten den eindrucksvollen Offenbarungseid, dass sie voll und ganz in jenem Parteiensystem integriert sind, das radikal zu verändern sie einmal angetreten waren.

Diese Radikalität lässt sich noch im sehr erhellenden und doch noch ziemlich linken Parteiprogramm von 2001 nachschlagen. Wer einen Blick reinwirft, kommt dem Knackpunkt der ganzen Misere um einiges näher: Die Jungen Grünen sind das schlechte Gewissen einer Parteispitze, die von den grünen politischen Ansprüchen von gestern nichts mehr wissen will. Die umfassende Demokratisierung der Gesellschaft steht nicht mehr auf der Tagesordnung – stattdessen die Selbsterhaltung eines selbstzufriedenen Apparats, der politische Ziele durch Parteilogik ersetzt hat. Deswegen mussten wir ausgeschlossen werden.

Als Junge Grüne haben wir in den letzten sieben Jahren Beachtliches geleistet: Wir sind zur

größten ehrenamtlichen Teilorganisation der Grünen Bewegung geworden. Wir waren in ganz Österreich vertreten, haben erfolgreiche Öffentlichkeitsarbeit und Bildungsarbeit mit einem klaren linken Profil geleistet. Die Jungen Grünen haben die grünen Grundwerte beim Wort genommen und verfolgen das Projekt eines demokratischen Aufbruchs. Wir wollen Gesellschaft verändern, indem wir so viele Menschen wie möglich motivieren, selber politisch aktiv zu werden für die Welt, in der sie leben wollen.

Das halten wir auch für das beste und eigentlich einzige Mittel gegen den Rechtsruck: Möglichst viele Menschen für ihre eigenen Interessen organisieren, den Kampf um eine bessere Gesellschaft vor Ort zu führen und die Perspektive einer befreiten Gesellschaft mit dem Kampf gegen die alltäglichen Zumutungen zu verknüpfen. Dieses Projekt verbindet vieles mit den Grünen Grundwerten, aber nichts mit dieser autoritären Parteiführung. Wir machen weiter. Nun eben mit den Herausforderungen der Parteiunabhängigkeit, aber auch mit ihren politischen Chancen. Die politische Motivation, die Lernerfahrungen und den Ideenreichtum unserer hunderten Aktivist*innen kann uns auch Eva Glawischnig nicht nehmen.

Marcel Andreu,
Bundesvorstandsmitglied
der Jungen Grünen

Höchste Zeit für eine neue Linke!

Die Jungen Grünen sind nicht die ersten kritischen Jugendlichen, die ausgeschlossen werden. Auch die „Vorwärts“-Strömung, aus der die SLP hervorging, wurde Anfang der 1990er Jahre aus der SJ ausgeschlossen. Solche Entwicklungen sind immer auch Chancen, neue Kräfte aufzubauen.

Politische Organisationen sind kein Selbstzweck, sondern Mittel. Bildungsarbeit ist gut, Seminare wichtig und Medienaktionen sinnvoll – aber nur, wenn sie Teil einer größeren Perspektive sind und darauf abzielen, soziale Kämpfe zu stärken. Von diesen gibt es derzeit genügend: Vom Widerstand gegen die Kürzungspolitik aller etablierten Parteien bis zum Kampf gegen Rechtsextremismus. Wir müssen Bewegungen aufbauen, in denen Betroffene sich selbst organisieren und Verbesserungen erkämpfen können.

Viele in den Jungen Grünen verstehen sich als AntikapitalistInnen und manche sogar als MarxistInnen. Durch den Hinauswurf muss keine Rücksicht mehr auf die Mutterpartei genommen werden. Denn diese kann auch mit Geld (und dessen Entzug) nicht mehr erpressen. Der Weg für ein konsequentes, antikapitalistisches Programm, das sich in Wort und Tat gegen jede Form von Unterdrückung und Ausbeutung stellt, ist frei. Das ist auch notwendig, weil die kapitalistische Krise langfristige innersystemische Verbesserungen verunmöglicht, gerade in

grünen Kernbereichen wie Umweltpolitik. Eine neue Linke wird nicht durch „konstruktive Mitarbeit“ im Politzirkus entstehen, sondern durch aktive, kämpferische Opposition und eine Systemalternative als Programm.

Es braucht eine neue Partei der ArbeiterInnen und Jugendlichen – und mit ArbeiterInnen meinen wir alle, die gezwungen sind, in diesem System ihre Arbeitskraft zu verkaufen und unter seinen Krisen leiden. Ziel dieser Partei kann es nicht sein, den Kapitalismus im Parlament mit Grünen etc. mitzuverwalten, sondern ihn zu stürzen.

Mit Aufbruch gibt es einen Versuch, eine konsequente antikapitalistische Kraft links von SPÖ und Grünen aufzubauen. Aufbruch spielt – auch ohne viel Geld – eine führende Rolle in dem aktuellsten umweltpolitischen Kampf gegen das Murkraftwerk in Graz. Wir schlagen daher den AktivistInnen von Aufbruch und von den Jungen Grünen vor, einen Diskussionsprozess über gemeinsame Schritte zu starten und in der Praxis zusammenzuarbeiten. Dafür gibt es genug Anknüpfungspunkte, etwa gegen das Murkraftwerk und Schwarz-Blau in Graz oder in der aktuellen Aufbruch-Kampagne für leistbares Wohnen. Es ist höchste Zeit für eine linke Offensive – gehen wir's gemeinsam an!

Sebastian Kugler,
SLP-Bundesleitungsmittglied

Der aktuelle SLP-Lesetipp

Was passiert gerade in Deutschland? Die AfD zieht in Fraktionsstärke in die Parlamente ein, PEGIDA demonstriert jeden Montag in der Dresdner Innenstadt und jeden Tag gibt es Gewalt gegen Geflüchtete und deren Unterkünfte.

für den Aufstieg rechter Kräfte? In Österreich wurde der FPÖ-Kandidat Hofer beinahe Bundespräsident, in den USA hat der Rechtspopulist Trump die Wahlen sogar gewonnen. Trotz der nationalen Unterschiede sind die Grün-

Rechten – ob in Dresden, Köln, Berlin oder andersorts – diskutieren sie diese Themen nicht als Außenstehende. Indem sie darstellen, was die Neue Rechte ist und was sie nicht ist, worin sich Rechtspopulismus und Faschismus unterscheiden, legen sie das theoretische Fundament für den Kampf gegen beides.

Eines wird schnell klar – der Kampf gegen die Rechten aller Couleure wird nicht durch moralische Appelle gewonnen, sondern durch den Aufbau einer massenhaften Bewegung, die die Ursache für Rassismus und Faschismus bekämpft: den Kapitalismus.

ISBN 978-3-96156-019-6

265 Seiten, 12,90 €

Bestellungen unter

info@manifest-verlag.de oder auf www.manifest-verlag.de

Buchneuerscheinung:

„Brandstifter –

AfD, Pegida, Islamhass.

Analysen & Gegenstrategien“

Die antifaschistische und antirassistische Bewegung steht vor der Herausforderung, dem nachhaltig Einhalt zu gebieten.

Die AutorInnen dieses Buches analysieren die Problematik auf der Grundlage eines marxistischen Standpunktes. Wer trägt die Verantwortung

de für diese Entwicklungen ähnlich – die AutorInnen gehen auf sie ein und zeigen an verschiedenen internationalen Beispielen (darunter Österreich, Ungarn, Schweden und USA), welchen Widerstand es dagegen gibt.

Als Teil des Kampfes gegen das Erstarken der

Satirische Videos sind zu wenig!

Klima und Umwelt, Kapitalismus und Krieg? Wir laufen gerade offenen Auges in unser Verderben, zukünftige Generationen werden fragen: „Hey, mal Hand auf Herz, ihr wusstet doch was passiert, wieso habt ihr denn nichts unternommen?“. Die passende Reaktion wäre, alle Leute zu schütteln, die man trifft und Reden über den Weltuntergang an Straßenecken und in der U-Bahn zu hal-

ten. Warum tut das niemand, warum tue ich das nicht? Statt dessen habe ich Ökostrom und buche den nächsten Snowboard-Urlaub – „sich auch mal was gönnen“. Das ist einer der vielen Momente in denen ich eine große Zerrissenheit zwischen moralischem Anspruch und eigenem Handeln spüre, zwischen idealer Welt und gelebter Wirklichkeit. Die beiden in Deckung zu bringen, ist nahezu un-

möglich, aber das sollte auch nicht der Anspruch sein. Mich in der SLP zu engagieren, motiviert und nimmt mir das Gefühl von Passivität; ich will meinen, wenn auch kleinen, Beitrag zu einer gerechteren Welt leisten. Revoluzzer oder passive, bequeme Kartoffel? Welche Geschichte würdet ihr euren Kindern lieber erzählen? Auf geht's, werdet aktiv!

Philipp Chmel, 26,

Student an der Boku

Arm & kämpferisch statt reich & brav – Sozialistische Politik braucht Unabhängigkeit!



Mitgliedsbeiträge, Spenden, Zeitungs- und Broschürenverkauf, Buttons... Aus diesen Quellen bezahlt die SLP ihre Arbeit. Es gibt viele Fördertöpfe, besonders aus der Parteienförderung, aus denen es sich leichter lebt. Aber wie die Jungen Grünen zeigen: Um einen hohen Preis. Wer sich finanziell an die Parteien der Reichen und ihren Staat bindet, zahlt mit politischer Abhängigkeit. Rebellen sein geht

dann nur noch so weit, wie die Herrschenden das zulassen – sonst drehen sie den Geldhahn ab.

Die SLP ist finanziell abhängig von ihren UnterstützerInnen, also jenen, die uns gerade für unsere rebellische politische Arbeit schätzen. Spendet, damit wir das auch weiterhin können.

IBAN:

AT 256000000000 8812733

BIC:

OPSKATWW

Die SLP-Treffpunkte

GMUNDEN

SLP-Ortsgruppe

jeweils Freitag, 18⁰⁰ Uhr
im 'Habert Café'

Salzkammergut Einkaufspark

GRAZ

SLP-Ortsgruppe

jeweils Mittwoch, 19⁰⁰ Uhr
im 'Cuntra la Cultra'
Grieplatz 5

LINZ

SLP-Ortsgruppe

jeweils Dienstag, 18³⁰ Uhr
im 'Alte Welt', Hauptplatz 4

SALZBURG-STADT

SLP-Ortsgruppe

jeweils Montag, 19⁰⁰ Uhr
im 'Shakespeare'

Hubert-Sattler-Gasse 3
(Nähe Mirabellplatz)

Kein SLP-Treffen in der Nähe?

Wir helfen Dir beim Aufbau!

NIEDERÖST. & TIROL

unregelmäßige Treffen

Infos per E-Mail slp@slp.at

WIEN

SLP Wien-West

jeweils Montag, 18³⁰ Uhr
Buchhandlung 'Libreria Utopia'
15., Preysinggasse 26 – 28
(Nähe U3 Schweglerstraße)

SLP Brigittenau-Ost

jeweils Dienstag, 18³⁰ Uhr
im SLP-Büro

20., Pappenheimgasse 2/1
(Bei "Büro" läuten)

SLP Brigittenau-West

jeweils Donnerstag, 19⁰⁰ Uhr
im SLP-Büro

20., Pappenheimgasse 2/1
(Bei "Büro" läuten)

Zahlreiche

Termine und

Veranstaltungshinweise
auf www.slp.at



Andere über uns



Radio FM4 berichtete über die Angriffe der Regierung aufs Versammlungsrecht. In einem Website-Artikel kommt SLP-Aktivist Tilman Ruster zu Wort. In der Sendung „Auf Laut“ diskutierte SLP-Aktivistin Sonja Grusch live im Studio über staatliche Repression und den Widerstand dagegen. In derselben Sendung wurde auch SLP-Aktivist Stefan Reifberger per Telefon zugeschaltet, der einen Protest gegen Kurz ankündigte.

Gibt es nicht
aus Profitstreben;
gibt es aus Überzeugung.



> Berichte
> Analysen
> Hintergründe
aus sozialistischer Sicht.

VORWÄRTS jetzt abonnieren!



Normal-Abo: € 24,-
Sozial-Abo: € 14,-
(für Menschen ohne eigenes Einkommen)
All-inclusive-Abo: ab € 7,-/Monat
Zeitung und alle anderen Publikationen der SLP

Abo-Zahlungen & Spenden:
IBAN: AT 256000000000 8812733
BIC: OPSKATWW

www.slp.at | slp@slp.at | [f /slp.cwi](https://www.facebook.com/slp.cwi)

FPÖ: Partei der Reichen & Eliten

Die FPÖ vertritt die Interessen von Banken, Bossen und Konzernen.

Rechtzeitig vor der nächsten Nationalratswahl will die FPÖ ihr neues Wirtschaftsprogramm präsentieren. Ziel ist, sich den Wirtschaftseliten als verlässlicher Regierungspartner anzudienen. In der Praxis wissen wir schon lange, für wen die FPÖ (Wirtschafts)Politik macht: für die Reichen und Mächtigen.

Das zeigt sich überall dort, wo sie bereits an der Macht ist oder war. Bekannt sind Hypo oder die kriminellen Privatisie-

rungen unter Schwarz-Blau. Auch die FPÖ unter Strache zeigt ihr unsoziales Gesicht: In Linz ist sie gemeinsam mit SPÖ und ÖVP verantwortlich für die Schließung von Jugendzentren, während gleichzeitig das Werbebudget erhöht wird und Unsummen für Stadtwache, PolitikerInnengehälter und Konzernförderungen ausgegeben werden. Auch tritt die FPÖ gegen eine Millionärsteuer auf und ihr Wirtschaftsflügel will von

Kollektivverträgen „abrücken“.

Genau diese Politik wird die FPÖ auch in der Bundesregierung umsetzen, egal was sie im Wahlkampf sagt. Sie ist keine Alternative, sondern noch unsozialer und elitärer – eine Partei der Reichen. Um sie zu bekämpfen, müssen wir auch die unsoziale Politik der Regierung bekämpfen und eine echte sozialistische Alternative aufbauen, die tatsächlich die Interessen der 99% vertritt.

Christoph Glaninger



Aufbruch - die aktuelle Wohnkampagne

Mehr auf Seite 5



Die Sozialistische Linkspartei Wofür wir stehen!

- Schluss mit Arbeitslosigkeit, Lohnkürzung & Schikanen gegen Arbeitslose. Mindestlohn & Mindestpension von 1.700 € Brutto & Arbeitszeitverkürzung auf 30 Stunden pro Woche – d.h. Verteilung der vorhandenen Arbeit auf Alle bei vollem Lohn. Unbefristetes Arbeitslosengeld und Pension dürfen nicht unter dem Mindestlohn liegen.
- Kapitalismus bringt immer wieder Krisen! Statt Subventionen und Rettungen aus unseren Steuern für Banken & Konzerne wollen wir ein öffentliches Investitionsprogramm bei Gesundheit, Bildung, Wohnen, Umwelt & Verkehr.
- Der Kampf für Frauenrechte ist für uns Teil des Kampfes für eine sozialistische Gesellschaft! Für eine gerechte Entlohnung und Verteilung der bezahlten und unbezahlten Arbeit! Flächendeckende kostenlose Betreuung von Kindern und Pflegebedürftigen durch bezahlte Fachkräfte. Schluss mit Sexismus und Gewalt gegen Frauen!
- Wir mobilisieren gegen die Angriffe der radikalen Abtreibungsgegner auf das Selbstbestimmungsrecht von Frauen! Möglichkeit auf kostenlosen Schwangerschaftsabbruch in öffentlichen Spitälern in allen Bundesländern.
- Schluss mit rassistischen Gesetzen und Abschiebungen! MigrantInnen sind nicht die Ursache für soziale Probleme. Gemeinsamer Kampf von ÖsterreicherInnen und MigrantInnen für die volle rechtliche, politische und soziale Gleichstellung aller hier lebenden Menschen.

- Die Jugend braucht eine Zukunft. Statt Kürzungen und Privatisierung mehr Geld für Bildung, die sich nicht an den Interessen der Wirtschaft orientiert, sondern kritische und selbständige Menschen zum Ziel hat. Garantierte Lehrstellen & Jobs, von denen man leben kann, leistbare Wohnungen und Freizeiteinrichtungen ohne Konsumzwang.
- Schluss mit der Diskriminierung, Stigmatisierung und Behinderung von Menschen mit besonderen Bedürfnissen. Für das Recht auf Selbstorganisation und Selbstbestimmung.
- Volle Gleichberechtigung für Schwule, Lesben, Transgenderpersonen & Bisexuelle
- Nein zu polizeistaatlichen Methoden und privaten Sicherheitsdiensten, die nur die Interessen des Kapitals schützen. Statt auf Überwachungsstaat und Aufrüstung setzen wir auf soziale Sicherheit.
- Sozialpartnerschaft bedeutet besonders heute Verschlechterungen. Statt Privilegien und Bürokratie im ÖGB für kämpferische und demokratische Gewerkschaften.
- Faschistische und rechtsextreme Organisation wie Burschenschaften & auch die FPÖ sind eine reale Bedrohung für MigrantInnen, GewerkschafterInnen & Linke. Dagegen braucht es entschlossenen Widerstand und den Aufbau einer politischen Alternative!
- SPÖ und Grüne sind diese Alternative nicht. Sie können die rechte Gefahr nicht stoppen. Wir wollen keine StellvertreterInnenpolitik, sondern wir brauchen eine neue starke,

kämpferische sozialistische Partei für ArbeiterInnen, Arbeitslose & Jugendliche, deren VertreterInnen keine Privilegien haben.

- Hunger, Krieg, Umweltzerstörung, Armut & Verschuldung sind die Folge neokolonialer Politik im Interesse von Konzernen. Keine Zusammenarbeit oder Mitgliedschaft in imperialistischen Militärbündnissen. Nur internationale Solidarität & Zusammenarbeit der ArbeiterInnenbewegung kann Frieden und ein menschenwürdiges Leben für Alle schaffen.
- Keine Privatisierung der Gewinne und Verstaatlichung der Verluste. Es reicht nicht, die Finanzmärkte zu regulieren und internationale Institutionen wie EU, IWF & Weltbank zu reformieren. Wir brauchen eine echte Alternative zum Kapitalismus. Darum sind wir für die Überführung der Banken & Konzerne in öffentliches Eigentum unter demokratischer Kontrolle & Verwaltung der Beschäftigten & der Gesellschaft.
- Kapitalismus bedeutet Umweltzerstörung und Chaos. Nachhaltigkeit und Wohlstand durch eine demokratisch geplante Wirtschaft, die von gesellschaftlichen Bedürfnissen und nicht von Aktienkursen & Profiten bestimmt wird.
- Eine revolutionäre Veränderung ist notwendig. Lediglich Reformen führen zu keinen grundlegenden Verbesserungen. Die ArbeiterInnenbewegung & die Jugend sind Kräfte, die den Bruch mit dem Kapitalismus & eine demokratische, sozialistische Gesellschaft erkämpfen können.